



Die Insel Hashima vor der japanischen Küste wurde von 1890 bis 1974 von Mitsubishi als Kohleminen genutzt und ist seither verlassen.

Foto Daniele Dainelli / Laif

Insel des Grauens

Wo 1945 noch nicht vergangen ist: Tokio und Seoul streiten darüber, ob Monumente der Industrialisierung Japans, in denen während des Zweiten Weltkriegs koreanische Zwangsarbeiter ausgebeutet wurden, zum Weltkulturerbe erklärt werden sollen. Die Entscheidung fällt Ende Juni in Bonn

Es hat seinen Grund, dass Hashima im James-Bond-Film „Skyfall“ eine Insel des Grauens ist. Die steil aus dem Meer aufragenden Ruinen sind der Zufluchtsort von Bonds unheimlichem Gegenspieler Raoul Silva, ein angemessen abgründiger Ort für Undurchdringliches, für furchtbare Geheimnisse aller Art. Kein Wunder, dass auch Unternehmen mit universellem Erschließungsanspruch die Verlorenheit des Eilands vor der japanischen Küste für ihre Zwecke nutzen: Google drehte dort einen Werbefilm für seine Street Map, in dem sich ein einsamer Kundschafter der Firma mit einem Aufnahmegerät auf dem Kopf vorsichtig durch die jederzeit einsturzgefährdeten Industrieanlagen tastet. Und für Sony ist die Insel ein geeigneter Schauplatz, um in einem Video die Funktionstüchtigkeit seiner Kameradrohnen zu demonstrieren, die sich auch in die gefährlichsten Zonen der Erde vorwagen können.

Die japanische Regierung hat mit Hashima dagegen ein anderes Kulturprojekt im Sinn. Sie will die Insel, auf der Mitsubishi von 1890 bis 1974 eine Kohlemine betrieb, und 22 weitere Industriestätten des neunzehnten Jahrhunderts in die Liste des Weltkulturerbes aufnehmen lassen; Ende Juni wird eine Versammlung der Unesco in Bonn darüber entscheiden. Das fünfzehn Kilometer von Nagasaki entfernte Eiland ist heute wieder so verlassen, wie es vor seiner industriellen Nutzung war, doch in seinen besten Zeiten lebten hier mehr als fünftausend Arbeiter, die meisten im ersten, 1916 dort errichteten Hochhaus Japans. Für Tokio handelt es sich bei den beantragten Bauten um herausragende Zeugnisse der industriellen Revolution, die

Japan in der Meiji-Ära erreichte: als erstes Land außerhalb des Westens, das sich aus eigener Kraft und Entscheidung die technischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Prinzipien Europas aneignete und damit im neunzehnten Jahrhundert innerhalb kürzester Zeit einen eigenen Weg zur Moderne schaffte und zur führenden Macht Ostasiens aufstieg.

Das Fatale ist nur, dass die Insel für einige andere Länder in Ostasien ein Symbol ganz anderer Art ist. Während des Zweiten Weltkriegs beutete Japan dort und in sechs weiteren Anlagen der Antragsliste Zwangsarbeiter aus China und Korea unter erbärmlichsten Bedingungen aus; viele von ihnen kamen dabei ums Leben. Südkorea hat aus diesem Grund förmlichen Protest gegen die Kulturerbebewerbung Japans eingelegt. „Die Aufnahme dieser Orte“, heißt es in einer koreanischen Erklärung, „würde gegen die Würde der Überlebenden verstoßen und widerspricht den Statuten und dem Anliegen der Unesco-Konvention“, derzufolge das Welterbe herausragende universelle Bedeutung hat und „allen Völkern der Welt zukommt“.

Die Affäre ist nicht bloß ein akademischer Historikerstreit. Im Hintergrund steht der Rechtsruck in Japan, ein Revisionismus, der vor allem seit Amtsantritt von Ministerpräsident Shinzo Abe an Stärke gewonnen hat und die Länder im ehemaligen Machtbereich Japans in Alarmbereitschaft versetzt. Abe und seine Kabinettskollegen beharren nicht nur darauf, den Yasukuni-Schrein zu besuchen, in dem neben vielen anderen Soldaten und Offizieren international anerkannte Kriegsverbrecher geehrt werden, er spricht auch offensiv

von einem „neuen Japan“, zu dessen Stärke es gehören soll, die „ideologisch selbstquälerische Sicht auf die Geschichte“ hinter sich zu lassen; und er will das Bekenntnis zum Pazifismus, zu dem sich das Land nach 1945 verpflichtete, aus der Verfassung entfernen.

Eine Konfrontation mit den Verbrechen, die Japan seit Ende des neunzehnten Jahrhunderts bei der Unterdrückung anderer Völker, zumal Koreas und Chinas, beging, hat im Land ohnehin nur sehr zaghafte und widersprüchliche stattgefunden. Auf seiner Amerikareise Ende April blieb Abe im Ungefähren, als er „tiefe Reue“ über die Rolle Japans im Zweiten Weltkrieg ausdrückte; noch kurz zuvor hatte er es fertiggebracht, sogar die Erwähnung koreanischer Trostfrauen in amerikanischen Schulbüchern zu kritisieren, also der Frauen, die im Krieg zur Prostitution in japanischen Armeebordellen gezwungen wurden. Der Revisionismus scheint einer verbreiteten Stimmung in der Gesellschaft zu entsprechen. Auf öffentlichen Druck hin verfügte die Regierung einer Präfektur schon die Beseitigung eines Denkmals zu Ehren ums Leben gekommener koreanischer Zwangsarbeiter. Eine Bürgerrechtsgruppe hatte das Denkmal 2004 mit dem Schriftzug errichtet: „Wir drücken unsere Entschlossenheit aus, denselben Fehler nicht zu wiederholen, indem wir daran erinnern und darüber nachdenken, dass unser Land in der Vergangenheit schreckliche Leiden über die Koreaner gebracht hat.“ Offenbar stehen dieser Wille und diese Einsicht jetzt wieder zur Disposition.

Nirgendwo scheint der Zweite Weltkrieg so präsent, scheinen seine Auseinandersetzungen so unangenehm zu sein wie in dieser

Weltgegend. Und die Konflikte spitzen sich nun ausgerechnet bei einer Institution zu, der es um die Symbolisierung von Völkerverbindendem, Allgemeinmenschlichem geht. Am 8. Mai, als sich ganz Europa an das Kriegsende erinnerte, ohne dass irgendeine Seite größere Neubewertungen hätte einfordern müssen, wirbt in Berlin ein Sonderemissär für die Position der Republik Korea in diesem Streit, der vom Krieg noch übrig geblieben ist. Wie wichtig Seoul die Sache ist, erkennt man schon daran, dass der frühere Botschafter Jongmoon Choi, der jetzt Berater des Außenministers ist, seit März eigens für die Unesco-Angelegenheiten abgestellt ist.

Seither reist er durch die Welt, spricht mit Politikern, Diplomaten und Journalisten, um auf den unabgeholten Fall der koreanischen Zwangsarbeiter aufmerksam zu machen. Außer Japan und Südkorea sind neunzehn weitere Staaten in dem Komitee vertreten, das über die Welterbeliste entscheidet: Da gibt es noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten, nachdem der Internationale Rat für Denkmalpflege, ein Beratungsgremium der Unesco, vergangene Woche schon die Annahme des japanischen Antrags empfohlen hatte. Und nun sitzen in der koreanischen Kulturvertretung am Leipziger Platz außer Herrn Choi ein weiterer Abteilungsleiter aus dem Außenministerium, ein Botschaftsrat und zwei andere Botschaftsmitarbeiter, um einen einzelnen deutschen Journalisten zu empfangen.

Botschafter Choi legt besonderen Wert auf einen deutschen Parallellfall. 2001 wurde die Zeche Zollverein zum Weltkulturerbe erklärt, obwohl während des Kriegs auch dort Zwangsarbeiter aus ande-

ren Ländern beschäftigt waren. Doch im Unterschied zu Japan habe sich Deutschland nicht um eine Auseinandersetzung mit diesem Unrecht und um eine Kompensation der Opfer gedrückt. Choi formulierte die Folgen dieses Unterschieds nicht weiter aus. Doch in der Konsequenz dessen, was er sagte, ist es nicht allein das historische Faktum, sondern der Umgang damit, was die koreanische Kritik herausfordert: Auch Hashima würde seine historische Kontamination verlieren, wenn Japan bekennen würde, dass das Erbe des Orts ein gemischtes ist, anstatt es als Exempel einer nun wieder zu belebenden glorreichen Vergangenheit zu propagieren.

Der jetzige Streit hat auch einen handfest materiellen Aspekt: 2012 erklärte der Oberste Gerichtshof Südkoreas das Argument japanischer Firmen, dass alle Kompensationsansprüche ehemaliger Zwangsarbeiter mit dem japanisch-koreanischen Vertrag über die Normalisierung ihrer Beziehungen hinfällig geworden seien, für ungültig. Seitdem verklagen immer mehr Koreaner japanische Firmen wie Mitsubishi oder Nippon Steel auf die Zahlung immer höherer Summen, und einige koreanische Gerichte haben den Klagen schon stattgegeben. Korea versichert in einer Erklärung zwar, dass die Entschädigungsfrage für die Welterbediskussion „irrelevant“ sei; aber natürlich ist sie ein Teil der gesamten Haltung, mit der Japan seiner Vergangenheit begegnen will.

Bisher ignoriert Japan die Forderungen, so wie es gleichfalls auf die Kritik an seinem Welterbeantrag inhaltlich nicht eingeht. Mehrere Minister begnügen sich damit, Korea zu beschuldigen, die Sache zu

„politisieren“. Die Bewerbung beziehe sich nur auf die Zeit bis 1910, umfasse also nicht die spätere Verwendung der Bauten. Südkorea bemüht sich ebenso wie China in den letzten Monaten um eine Normalisierung seiner Beziehungen zu Japan und schlägt daher einen ausgesprochen verbindlichen Ton an. Es bietet bilaterale Gespräche in der Welterbesache an, um eine Kompensationsformel zu erreichen: „Wir hoffen, das Japan unsere Flexibilität erwidert.“

Implizit geht es bei dem Streit auch um die Rolle des Westens. Die japanische Erfolgsgeschichte im neunzehnten Jahrhundert schien zunächst auf eine Bestätigung der technischen und zivilisatorischen Moderne Europas hinauszulaufen. Ausdrücklich war es die Demütigung durch westliche Kolonialmächte, die japanische Strategen dazu brachte, sich mit den Methoden der fremden Kultur behaupten zu wollen, also eine starke Nation mit fortgeschrittener Industrie zu entwickeln; China, das diesen Schritt erst viele Jahrzehnte später vollzog, geriet ins Hintertreffen. Doch später stellte sich heraus, dass zu diesem Modernisierungskonzept, durchaus gleichfalls nach europäischem Vorbild, auch der Imperialismus gehörte, die schrittweise Ausweitung der eigenen Einflussphäre bis hin zur regelrechten Annexion fremder Gebiete. Dass Japan im Jahr 2015 nur vom einen Teil seiner Modernisierung reden will und den anderen unter den Teppich kehrt, zeigt, dass es dieses Erbe noch immer nicht verdrängt hat. Die Insel Hashima, die wegen ihrer Silhouette auch „Gunkanjima“, Kriegsschiffinsel, genannt wird, bleibt daher bis auf Weiteres ein unheimlicher Ort.

MARK SIEMONS